



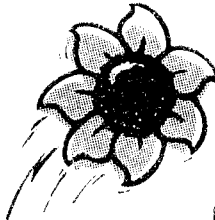
Grünschnabel

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLERGEMEINSCHAFT

Grüne Liste Büttelborn

WÄHLERPARTY

20. Januar '91
ab 18 Uhr im
Bürgerhaus Wortelaen



Hessen wählt GRÜNE

Bei der hessischen Landtagswahl am 20. Januar 1991 geht es um die Zukunft der GRÜNEN.

Das Ergebnis wird darüber entscheiden, ob die neue Republik in den 90er Jahren mit oder ohne die GRÜNEN stattfindet. In Hessen muß der Regierungskoalition auf Bundesebene eine handlungsfähige Reformalternative entgegengestellt werden.

Die Sache der Ökologie ist in Gefahr

Das Scheitern der GRÜNEN im Westen bei der Bundestagswahl hat auf schmerzliche Weise deutlich gemacht, daß die Sache der GRÜNEN - Ökologie, die Bürgerrechte, die Frauengleichberechtigung und die Solidarität mit den Benachteiligten - in Gefahr ist. Die Inhalte der GRÜNEN sind aktueller denn je. Wir GRÜNEN müssen uns aber auch selbst ändern, wenn wir glaubhaft die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändern wollen. Wir in Hessen werden die Konsequenzen daraus ziehen.

Die GRÜNEN Hessen stehen seit Jahren für eine ökologische und soziale Reformpolitik. Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, um unsere politischen Ziele selbst durchzusetzen. Wir haben in zahlreichen Städten, Kreisen und Gemeinden unter Beweis gestellt, daß grüne Regierungsverantwortung bei den Bürgerinnen und Bürgern Vertrauen genießt.

Halbherzige Reparaturen helfen nicht

Mittlerweile haben alle Parteien das Thema Umwelt aufgegriffen. Bloße Reparaturen der Umweltschäden reichen aber nicht aus. Die Bekämpfung der globalen ökologischen Katastrophen duldet keinen Aufschub und ist mit Halbherzigkeit nicht zu machen. Der notwendige Umbau der Industriegesellschaft hin zu einer ökologischen Wirtschaftsweise braucht mehr als eine unverbindliche Floskel in der hessischen Verfassung.

Das wollen wir:

- Die GRÜNEN Hessen haben als erste ein Klimaschutzprogramm mit weitreichenden Maßnahmen für die Energie- und Verkehrspolitik vorgelegt. Dessen zügige Umsetzung muß nach dem 20. Januar beginnen.
- Die GRÜNEN Hessen sind es, die mehr Demokratie wagen und Bürgerrechte einfordern, vom sicheren Datenschutz über Einsicht in Umweltakten bis zum Bürgerentscheid.
- Die GRÜNEN Hessen stehen für eine soziale, humane und menschenwürdige Einwanderungspolitik. Dazu gehört auch die überfällige Schaffung demokratischer Beteiligungsrechte für Nichtdeutsche.
- Die GRÜNEN Hessen setzen sich für eine konsequente Entmilitarisierung und die Schaffung ziviler Arbeitsplätze ein.
- Die GRÜNEN wollen eine kinderfreundliche Schule, die auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen der Zukunft vorbereitet.



Iris Blaul

34 Jahre, ledig, Sonderpädagogin, Kreisverband Hochtaunus.

Seit 1982 im Landtag, von 1987 bis 1990 stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführerin.

Arbeitsschwerpunkte: Frauen, Soziales, Kinder, Gesundheit, Drogen, AIDS.

- In der Frauenpolitik sind nur DIE GRÜNEN glaubwürdig: Wir sind für die tatsächliche Parität der Geschlechter und praktizieren sie. Unsere Kinderpolitik umfaßt den Ausbau von qualitativ guten Kindertagesstätten sowie eine rücksichtsvolle Verkehrs- und Wohnungsgestaltung.
- Alte Menschen und Arme brauchen ein würdiges Leben. Deshalb wollen DIE GRÜNEN eine Mindestrente und eine bessere pflegerische Versorgung durch den Ausbau ambulanter Dienste.

Wallmann-Regierung gescheitert

Die jetzige CDU/FDP-Landesregierung ist nach 4 Jahren glanzlos gescheitert. Hessen ist heute in keinem Politikbereich führend, bestenfalls bei den Skandalen. In zentralen Bereichen der Landespolitik wie z.B. Bildung, Umwelt, Wohnen und Wirtschaft herrscht biederer, zäher Vollzug, der durch Propaganda vertuscht wird. Innovation und Kreativität ist nicht Sache dieser Landesregierung, weil sie nicht gestaltet, sondern nur reagiert.

An den Schulen sind die Klassen noch größer geworden, von der grünen Forderung nach einer Klassengröße von 25 Kindern pro Klasse sind wir weit entfernt. Unterricht fällt ständig aus. Die Bio-Tonne wird jetzt propagiert, während sie vor 4 Jahren, als Joschka Fischer sie durchsetzen wollte, veräußelt wurde.

1989 wurden gerade noch 1.317 Sozialwohnungen vom Land gefördert, während dies 1986 noch 3.362 waren.

Doch damit nicht genug: Skandale

CDU und FDP haben während ihrer Regierungstätigkeit jede Menge große und kleine Skandale produziert gegen die sich die vormalige rot-grüne Regierung in ihrem schwierigen Anlauf ausnahmslos als rechtsstaatlich erwies. Von den kriminellen Machenschaften des Hanauer Atomskandals, die zugunsten der CDU vertuscht wurden, über den gescheiterten Versuch, unter Täuschung der Öffentlichkeit die Diäten der "armen" Abgeordneten zu erhöhen, bis zum Abhörskandal, der zum Rücktritt des Innenministers führte: Hessen wurde von CDU und FDP als Beute angesehen, die auch unter Bruch des Rechts verteidigt wird. Sie sorgten für die Schlagzeilen, die sie zu vermeiden angetreten waren.

SPD auf Trab bringen

Dabei waren ohne jeden Zweifel DIE GRÜNEN Hessen in den letzten 4 Jahren mit Joschka Fischer und Iris Blaul an der Spitze die seh- und hörbare Oppositionspartei im Landtag, die auch oft genug die alte Staatspartei SPD noch mit auf Trab bringen mußte.

Die GRÜNEN Hessen wollen mit der SPD zusammen die neue Regierung bilden.



Joschka Fischer

42 Jahre, verheiratet, Kreisverband Frankfurt. 1983 bis 1985 Mitglied des Bundestages und Fraktionsgeschäftsführer, 1985 bis 1987 Hessischer Minister für Umwelt und Energie, 1987 bis 1990 Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion. Arbeitsschwerpunkte: Umwelt, Energie, Innenpolitik.

Die Republik ist schwarz genug.

In der Müllszene tut sich was

oder CDU/SPD/FDP wollen Grüne werden

Lokale Müllkonzept-Matadoren

Man braucht nur die Lokalseiten der Heimat-Zeitung in der letzten Zeit zu überfliegen. In allen Gemeinden werden Konzepte gestrickt, werden biedere Verwaltungsleute zu Müllexperten gekürt und zwischen den Parteien werden - besonders theatralisch in Nauheim - Glaubenskämpfe ausgefochten: "Vierzehn-Tage-Abholung nach Wunsch" gegen "Wertmarkensystem" gegen "verschieden große Mülltonnen" gegen "Wiegen des Mülls beim Abholen" und das Ganze wieder von Vorne usw.

Weimars Biotonnen-Spätzünder

Noch rechtzeitig vor der anstehenden Landtagswahl in Hessen hat das CDU/FDP-Kabinett einen Erlaß zur Bio-Tonne eingebracht. Umweltminister Weimar hat dafür 4 Jahre gebraucht und damit von seinem Vorgänger Joschka Fischer einfach dessen jahrelang verteufteltes Konzept überraschend aus dem Hut gezaubert.

Und er hat für einige Hektik gesorgt: Bis zum 31. Juli 1991 muß die flächendeckende Bioabfallkompostierung in einem Konzept von der Gemeindevertretung festgelegt sein. Abfallberater Schalmeyer vom Landratsamt im Groß Gerau kommt wahrscheinlich ins Schwitzen. Die Kompostierungsanlage in Bischofsheim muß jetzt schleunigst für den Bio-Kompost umgerüstet werden. Weitere Kompostanlagen müssen in Zusammenarbeit von mehreren Gemeinden geplant und gebaut werden. Die Genehmigungsverfahren für diese Anlagen müssen bis Dezember 1991 laut Erlaß anlaufen.

Im rot-grünen Landkreis Darmstadt ist Bio-Tonne schon längst am laufen.

Was die absolute SPD-Mehrheit im Kreis Groß Gerau nicht zustande gebracht hat, konnte ich in Alsbach-Hähnlein bewundern. Dort hatte ich mit meiner Familie bei einem Kollegen Sylvester gefeiert. In dieser rot-grün regierten Kommune gibt es schon seit dem ver-



Frau Martin aus der Reichenbergerstraße in Seeheim-Jugenheim ist mit der Grünen-Tonne für die organischen Abfälle sehr zufrieden. In der Hand hält sie den 5-Liter-Küchenbehälter. Ein Beispiel für den grün-roten Fortschritt im Landkreis Darmstadt.

gangenen Jahr eine "Grüne Tonne" in zwei Größen 120 Liter und 240 Liter. In diese Tonne kommt der ganze organische Müllanteil, das sind allein schon 50 % des Gesamtmülls! Und gerade diese 50 % ist der Anteil, der die Deponie durch ständigen chemischen Prozesse (Methangas) besonders belastet. In der Küche gibt es ein Vorsortiergefäß (5l). Damit die organischen Abfälle nicht so nassen, können Zeitungen als Zwischenlagen eingegeben werden. Die Bio-Tonne wird 14-tägig abgeholt und wird kostenmäßig mit dem Restmüll bestritten. Für den Restmüll gibt es vier unterschiedliche Tonnengrößen mit entsprechend gestaffelten Gebühren: 35 l / 50 l / 120 l / 240 l.

Um ein solches Dilemma in der Zukunft zu vermeiden, muß schon frühzeitig an Planungs-Alternativen gedacht, langfristig mit Diskussionen begonnen werden, damit diese Fehler bei dem zukünftigen Baugelände "Mittelgewinn" im Ortsteil Büttelborn nicht mehr passieren.

Leider hatten wir in diesem Grünschnabel keinen Platz mehr für die vorbereitete, umfangreiche Darstellung von Alternativen zur herkömmlichen Bebauung.

Wir wollen dies im nächsten Grünschnabel nachholen. Dabei wird es um die Themen gehen:

*- Preiswertes Bauland für "Ureinwohner",
- Bericht über neue Siedlungen in Kranichstein/Darmstadt:
Mit 350.000 DM zum komfortablen Reihenhaus, Wundermittel Selbsthilfe, Neue Wege zur Sozialwohnung.*



Reihenhaus in Darmstadt-Kranichstein. Bei der Planungsvorgabe der Stadt wurden folgende Ziele realisiert:

familiengerecht, kostengünstig, ökologisch sinnvoll. Wir haben diese Siedlung besucht und mit den Bewohnern sowie Architekten geredet. Im nächsten Grünschnabel haben wir Platz für unsere ausführliche Berichterstattung.

Der erste nährstoffreiche Bio Kompost kann auf der mit Bickenbach, Zwingenberg und Seeheim-Jugenheim gemeinsam betriebenen Kompostanlage abgeholt werden.

Unsere Vorschläge zum kleinen Müllberg:

Ein zukünftiges Müllkonzept muß nach unserer Meinung folgende Aspekte umfassen:

- Gebührensammung und Wiederverwertung von Papier, Glas, Kunststoff und giftigem Sondermüll. Die Sammelverfahren müssen intensiviert werden.
- Bio-Tonne mit Komposterzeugung, Kompostanlagen müssen umgerüstet oder neu errichtet werden. Die Gemeinden müssen sich dazu zusammenschließen.
- Der Restmüll (der auf die Deponie kommt) muß mit seinen Gebühren ein Belohnungssystem einschließen: entweder verschiedene große Tonnen mit entsprechend gestaffelten Gebühren, oder Staffelung durch unterschiedliche Abholperioden oder Wiegen bei gleich großer Tonne. Darüber sollten über Fachbüros Kostenvergleiche vorgenommen und dann danach entschieden werden.

Büttelborn: Gerechtere Müllgebühren!

Durch den Bau der neuen Kreis Mülldeponie in Büttelborn werden auch bei uns die Müllgebühren deutlich steigen. Die Büttelborner müssen ab 1991 jährlich 370.000 DM für die Deponierung und 68.000 DM für die Abfuhr mehr als bisher bezahlen.

Diese höhere Gebühren müssen an unsere Bevölkerung weitergegeben werden. Was hat sich dazu nun die Büttelborner SPD/Verwaltung überlegt?

Die Mehrbelastung von ca. 440.000 DM im Jahr würde durch die Anzahl der Mülltonnen und durch 12 Monate geteilt und schon haben wir die erforderliche Mehrbelastung pro Mülltonne und Monat. So einfach ist das!

Wir, die GLB wollen andere -ökologisch bessere- Gebühren haben. Unser Vorschlag war, die gesamten Müllkosten (ca. 800.000 DM) so aufzuteilen, daß diejenigen die wenig Müll produzieren auch weniger zu bezahlen haben, und jene die das alles nicht interessiert auch entsprechend höhere Kosten zu tragen haben. Wir haben genügend Vorschläge gemacht, wie man diese Differenzierung mit relativ geringem Verwaltungsaufwand durchführen kann: z.B. auf Wunsch wird die Mülltonne nur alle zwei Wochen geleert, verschiedene große Mülltonnen mit gestaffelten Gebühren usw. Damit hätten wir schon jetzt einen kleinen Schritt in die richtige Richtung tun können, aber die SPD sagt knallhart: "Nein"! Daß sowas einfach machbar ist, zeigt uns die Stadt Groß Gerau mit der Einführung gestaffelter Müllgebühren zum 1.1.1991.

Wenig Müll - geringere Gebühren

Wir sind in letzter Zeit öfters auf die neuen Müllgebühren angesprochen worden. Diejenigen die schon die ganze Zeit getrennt gesammelt, kompostiert, anders eingekauft usw. haben, fühlen sich einfach ungerecht behandelt und fragen sich nun ernsthaft, ob sie das weiter machen sollen. Durch dieses SPD-Gebührenkonzept ändert sich für diese Menschen gar nichts! Sie werden weiterhin für diejenigen, denen der drohende Müllkollaps egal ist, mitbezahlen.

Eine solche Politik kann von uns -den GRÜNEN- niemals akzeptiert oder gar mitgetragen werden!

Die SPD kann alleine nicht aus der ökologischen Sackgasse finden, es sind noch zu viele Betonköpfe und Verwalter an den Futtertrögen. In Hessen brauchen wir einen starken Umweltmotor und das sind nur die GRÜNEN.

680 DM für 1 m² Büttelborner Erde

oder der Irrsinn mit den Mieten und dem Bauland

Zwei Chiffre-Anzeigen zu Bauplätzen in Büttelborn in der Heimat-Zeitung. Ein "bauwilliger" Freund schrieb die Zeitung an. Zwei Angebote: Gartenbebauung 300 m² in der Donaustraße 550,- DM/m² und Eckgrundstück 600 m² in der Akazienstraße 680,- DM. Der Freund mußte passen.

Hiermit sind wir schon beim Kernproblem des Wohnungsmangels: dem Baulandpreis.

Es gibt eine große Anzahl von ortsansässigen Familien mit Kindern, die 300.000,- DM bis 400.000 DM für ein Eigenheim aufbringen können. Wenn aber allein ein kleiner Bauplatz schon 165.000 DM und ein großer 408.000 DM kostet, dann geht einfach nichts mehr.

Einfach neues Bauland auszuweisen, führt nicht zur Normalisierung der Preise. Das Bauland wird entweder garnicht bebaut werden, sondern jahrelang als Spekulationsobjekt dienen. Im anderen Fall wird es bei der Sogwirkung des Ballungsraumes Rhein-Main - von einkommensstarken Familien aus den umliegenden Städten in Besitz genommen werden, - oder von Wohnungsbaugesellschaften, die daraus Luxuswohnungen mit hohen Mietpreisen machen. Die ortsansässigen Familien mit normalen Einkommen werden wieder dem ganzen Treiben zusehen dürfen.

Schulpolitik
in Hessen

Salbungsvoll für dumm verkauft

Für wie blöd halt eigentlich der hessische Kultusminister Christian Wagner SchülerInnen und Eltern hiesiger Schulen?

- 2200 Lehrkräfte sind Lehrer neu eingestellt, davon allein 1.200 Lehrkräfte für die Grundschulen;
- die Klassengrößen erstmals auf niedrigem Niveau festgeschrieben;

schräb er in seinem Brief vom Mai 1990 und lieferte damit ein klassisches Negativbeispiel eines Parteipolitikers vor wichtigen Wahlen.

- Lüge 1: zum 15.8.1990 wurden nur 1.108 Stellen besetzt, darunter sind auch die Umwandlungen vom Angestellten- ins Beamtenverhältnis
- Lüge 2: von diesen Lehrkräften sind für die Grundschule nur 320 vorgesehen
- Lüge 3: vor Wagner waren die Klassengrößen auf 25 Kinder festgeschrieben, heute sitzen in vielen Klassen der hessischen Schulen mehr als 30 Kinder in schlecht ausgestatteten Räumen und mit in dieser Situation oft überforderten Lehrkräften.

Getrauchsjahrgang 1948/49 in der Büttelborner Volksschule, Klassengröße über 40 Kinder. Sind das für Kultusminister Christian Wagner die edlen, konservativen Werte, mit denen die Kinder, Lehrer und Eltern in der Zukunft beglückt werden sollen? Offenbar sind wir schon auf dem Wege: Schon heute gibt es z.B. im Prälat-Diehl-Gymnasium in Groß-Gerau wieder Klassen von 34 Schülern.

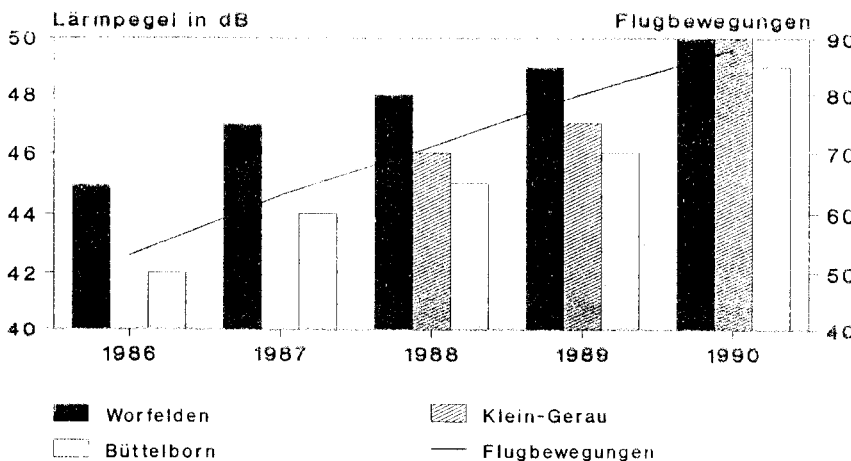


Startbahn West

Nachtflugverbot!

NACHTSCHALLPEGEL

22 bis 06 Uhr



Die Grafik basiert auf den jüngsten Veröffentlichungen der Lärmmessungen der Flughafen-AG. Ergebnis: Die nächtliche Lärmbelastung steigt entgegen seitheriger Beteuerungen kontinuierlich an. Das Nachtflugverbot ist unverzichtbar. In eine rot-grüne Koalition wird diese Forderung von den Grünen in das Regierungsprogramm eingebracht werden.

Die Unterschiede zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik haben sich 1990 nach Einschätzung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vertieft. Allein in den elf alten Bundesländern lebe jeder Zehnte an oder unter der Armutsschwelle, sagte sein Hauptgeschäftsführer Klaus Dörrie. In den 80er Jahren hätten "diejenigen, die gut verdient haben, eine ganze Menge zulegen können, während die Zahl der Sozialhilfeempfänger in geradezu drastischer Weise zugenommen hat". "Besonders elektrisiert" seien die

Elend im Frost

Arme immer ärmer

Wohlfahrtsverbände durch die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen. Durch die fünf neuen Bundesländer "rd sich die Wohnungsnot nach Ansicht von Dörrie"

Helft den Opfern von Tschernobyl!

Kontonummern und Projekte der taz-Spendenaktion

Eine erste Hilfssendung unbelasteter Baby- und Kleinkindermahrung ist zu Weihnachten in Tschernobyl übergeben worden. Die taz hat den Transport in das Katastrophengebiet begleitet und war bei der Übergabe der Spenden dabei. Der Verein "Kinder von Tschernobyl e.V.", die "Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung e.V." und taz rufen zu Geldspenden auf für folgende Projekte. Wir garantieren: Jeder Pfennig kommt an.

1. Unbelastete Baby- und Kleinkindermahrung: Sparkasse Berlin, (BLZ 100 500 00) Kto.-Nr. 6400 19 862

2. Umsiedlungsprogramm - Bau einer Ziegelei: Berliner Commerzbank, (BLZ 120 400 00) Kto.-Nr. 022 33 88 02

3. Ferien für die Kinder von Tschernobyl: Berliner Commerzbank, (BLZ 120 400 00) Kto.-Nr. 022 33 88 03

4. Medizinische Hilfe und ärztliche Weiterbildung: Berliner Commerzbank (BLZ 120 400 00) Kto.-Nr.022 33 88 04

5. Sonderkonto "Lena" - Behandlung von Kindern im Ausland: Berliner Commerzbank (BLZ 120 400 00) Kto.-Nr. 022 33 88 05

Kontaktadressen:

Kinder von Tschernobyl e.V., Rosa-Luxemburg-Straße 19, O-1020 Berlin

Mütter und Väter gegen atomare Bedrohung e.V., Bettina Gierke, Hertzbergstraße 14, W-1000 Berlin 44.

Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Spendenbescheinigungen werden auf Wunsch von den beiden gemeinnützigen Vereinen selbstverständlich gerne zugestellt.

Auch in Büttelborn werden wir immer stärker mit dem menschlichen Elend der Nichtsehaften konfrontiert. Kurzfristig müssen auf Kreisebene Unterkünfte für die kalten Winternächte zur Verfügung gestellt werden. Langfristig hilft nur eine Sozialpolitik, die nicht vom Ellenbogen bestimmt ist.



weiter verschlimmern. Schon jetzt seien allein in der alten Bundesrepublik 120.000 Menschen "ohne jedes Dach über dem Kopf". Weitere 200.000 lebten in Notunterkünften und eine Million in "absolut" heruntergekommenen Wohnungen. Als einen der Gründe für Armut in Deutschland nannte Dörrie die Tatsache, daß viele soziale Ausgleichsleistungen an das vorherige Einkommen gekoppelt seien. Dies sei zwar ein "erfolgreiches System": "Nur durch das Raster fallen dann eben Menschen, die nicht viele Jahre gut verdient haben, sondern auch im Erwerbsleben Schwierigkeiten gehabt haben oder draußen stehen wie Alleinerziehende, Kranke, Behinderte und alte Menschen."

Skandal: Naturschutzgebiet bei Büttelborn seit 4 Jahren bean- tragt - von CDU/FDP Regierung blockiert

Seit Februar 1987 ist für das Wiesengebiet um den Landgraben bei Büttelborn (von Dornhelm in Richtung Groß Gerau) eine Umwandlung in ein großes Naturschutzgebiet (ca. 50 Hektar) beantragt. Antragsteller waren auf Initiative der Büttelborner Vogelschützer der Deutsche Bund für Vogelschutz und die Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz. Auch das Botanische Institut der Technischen Hochschule Darmstadt hat dieses Gebiet als Naturschutzgebiet vorgeschlagen.

Wie uns der 1. Vorsitzende des DBV Büttelborn, Wolfgang Werner, mitteilte, ist es bis heute zu keiner erkennbaren Bearbeitung dieses Antrages beim Regierungspräsidenten in Darmstadt gekommen. Und das ist kein Einzelfall, dahintersteckt eine hessenweite Taktik der CDU/FDP-Landesregierung gegen den Naturschutz. Die für den Naturschutz zuständigen Verwaltungen wurden schon bald nach dem Re-



Die "Backsteinhütte" Innerhalb des geplanten Naturschutzgebietes stellt auf Grund ihres feuchten Charakters sowie ihrer urwüchsigen Strauchschicht den Lebensraum für viele hydrophile Tier- und Pflanzenarten dar.

gierungsantritt von Walter Wallmann personalmäßig und verwaltungstechnisch "heruntergeschraubt". Die Anträge können nicht bearbeitet werden, sondern bleiben einfach liegen. Nicht einmal eine "einstweilige Sicherstellung" des Gebietes wurde vorgenommen. In der ehemaligen rot-grünen Landesregierung war eine solche vorläufige Sicherstellung eine regelmäßige Praxis.

Jetzt erst recht!

Nach dem "Versenken" der GRÜNEN im Bundestag bei der letzten Wahl wird auf Bundesebene die Stimme für Umweltschutz und Menschenrechte nur noch von 8 Leuten der "GRÜNE/Bündnis 90"-Fraktion erhoben.

Jetzt kommt es auf Menschen an, die sich noch mehr als bisher engagieren wollen. Wir suchen immer mutige Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Machen sie mit! Rufen Sie uns an, oder schreiben Sie uns.

**Erika Korent, Lerchenweg 4,
6087 Büttelborn 2
Tel. 40821**

Impressum

Beiträge zu dieser Zeitung stammen von:
Peter Best, Frieder Engel, Erika Korent und
Joze Korent.
Kontaktadresse: Peter Best, Mozartstraße 26,
Tel. 54525

Grüne Verkehrspolitik: Miteinander von Bahn und Auto

Wir sind für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, um der immer weiter zunehmenden Zerstörung der Ballungsräume und besonders der Innenstädte durch das Auto Einhalt gebieten zu können. Der öffentliche Personen-Nahverkehr muß überall ein Grundangebot für die Mobilität aller Menschen darstellen. Ihm ist bei allen Planungen absoluter Vorrang einzuräumen. Der Kraftfahrzeugverkehr ist auf das erforderliche Maß zu reduzieren. Durch flächendeckende Verkehrsberuhigung sind seine schädlichen Wirkungen zu begrenzen. Beim Ausbau der Fernverkehrsstrecken ist den regionalen Belangen Rechnung zu tragen. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, beim Neubau von Schnellbahnen auch die Regionalbahn und S-Bahn mit auszubauen. Auch die vorhandene Infrastruktur, wie zum Beispiel die Anlage von Parkplätzen an Bahnhöfen im Umland der Städte, soll verändert werden, um ein Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel so attraktiv wie möglich zu machen. Güter sollten vorrangig mit der Bahn und nicht mit dem LKW befördert werden.

Bahn rast vorbei

Planfeststellung für Schnellbahnstrecke

Das Planfeststellungsverfahren im Bereich Groß Gerau-Dornberg für die Schnellbahntrasse läuft an. 1992 sollen die Baumaßnahmen beginnen und in 4 Jahren beendet werden. Dann werden die Hochgeschwindigkeitszüge durch den Bahnhof Groß Gerau Dornberg rasen. Die vielen Pendler nach Mörfelden Walldorf und Frankfurt werden noch längere Verspätungszeiten aushalten müssen.

Der Ausbau der Schnellbahnstrecke geht an den Bedürfnissen unseres Ballungsraumes vorbei. Es ist die Chance vertan worden, während dieser Baumaßnahmen eine S-Bahnstrecke für den Personennahverkehr mitzubauen. Mit einer taktgebundenen S-Bahn wäre es vielen Bewohnern unseres Raumes möglich gewesen, Auto und Bahn miteinander zu verbinden, um nach Frankfurt zu fahren. So wird aber der bestehende schlechte Zugverkehr noch verschlechtert. Viele werden weiter beim Auto bleiben.



In einigen Jahren rasen die Hochgeschwindigkeitszüge auf der Riedstrecke an uns vorbei. Der Nahverkehr wird dadurch noch schlechter als er schon heute ist.

Kreuzungsbereich zu bekommen. Weiter wird es wichtig bei diesem Planfeststellungsverfahren sein, auf eine Park- und -Ride-Fläche (mit Fahrradständern) auf der Büttelborner Seite des Dornberger Bahnhofs (mit Zugang zu den Bahngleisen) zu bestehen.



Staus wie hier in Frankfurt gehören für viele von uns zum Alltag. Zum Umsteigen muß aber erst einmal der öffentliche Nahverkehr "aufgerüstet" werden.

Was bedeutet der Ausbau der Schnellbahnstrecke für Büttelborn ?

Für den Ortsteil Büttelborn wird der Lärm bei Westwind zunehmen.

Für den Ortsteil Klein Gerau wird der Bahnübergang an der Klein Gerauer Straße wegfallen. Als Ersatz gibt es für die Fußgänger und Radfahrer eine Unterführung. Für den Autoverkehr wird die Landesstraße 3094 parallel zu Bahnlinie zur Bundesstraße 42 geführt. Ein Problem wird sein, daß dadurch die Staus im Bereich der Bahnunterführung und der Kreuzung an der Gaststätte Gambrinus noch verstärkt werden. Der Gemeindevorstand übt schon zur Zeit Druck auf das Straßenbauamt aus, um eine Verbesserung in den

Die Zweitstimme für den Umweltschutz!

Stimmzettel
für die Wahl zum hessischen Landtag am 28. Januar 1991
im Wahlkreis 28 Groß-Gerau

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme für die Wahl eines/einer Wahlkreisabgeordneten

hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste mit gleichzeitiger Zurechnung der Zweitstimme im hessischen Landtag

Wahlkreisstimme	Landesstimme
1 Haselbach, Rudolf CDU	CDU
2 May, Jürgen SPD	SPD
3 Spahn, Leonhard GRÜNE	GRÜNE
4 Fiesch, Klaus-Peter F.D.P.	F.D.P.
	REP
	DIE GRAUEN
	OOP

GRÜNE Liste 3